

akzente

Monatszeitung der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V.

Menschenrechte in Deutschland – Kontroverse am Genfer See

Am 2. Mai kommentierte Harald Nestler, Sprecherrats-Vorsitzender des GBM-Ortsverbandes Berlin-Köpenick, vor dem in Genf tagenden Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte des UNO-Menschenrechtsrats einen Zusatzbericht, mit dem die GBM einen Parallelbericht deutscher Nichtregierungsorganisationen („wsk-Allianz“) zum 5. Staatenbericht der Bundesrepublik über die Verwirklichung dieser Rechte in Deutschland ergänzt hatte. Wenige Tage darauf nahm die BRD-Regierungsdelegation Stellung zu den kritischen Hinweisen in den beiden genannten Berichten. Dazu schreibt uns Harald Nestler:

Der Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) der Vereinten Nationen hat 1985 einen Expertenausschuss (CECSR) gegründet, der die Einhaltung des Internationalen Paktes über soziale, wirtschaftliche und kulturelle Rechte beobachten und Empfehlungen zur Abstellung festgestellter Mängel geben soll. Nach einem geografisch ausgewogenen System müssen die Mitgliedsstaaten der UNO vor diesem Gremium berichten. In diesem Jahr war Deutschland an der Reihe, neben Moldova, Russland, der Türkei und Jemen.

Das Verfahren sieht vor, dass Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs) dem Ausschuss („Committee“) einen Parallelbericht zum Bericht des Staates vorlegen können. In Deutschland bildete sich zu diesem Zweck ad hoc die „Allianz für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte in Deutschland“ (wsk-allianz), der neben 19 anderen Organisationen auch die GBM angehört. Den Parallelbericht hat in einigen Teilen die GBM wesentlich mitgestaltet, wenn

es nämlich um die Angleichung der Einkommens- und Lebensverhältnisse zwischen Ost und West geht oder um das Thema „Das Recht auf soziale Sicherheit und die Sozialpolitik Deutschlands“.

Die GBM hat die Möglichkeit genutzt, zu dem Bericht der wsk-Allianz, in dem viele Fragen von allgemeinem Interesse angesprochen werden (Pflegenotstand, Kinderarmut, Waffenexport, Entwicklungshilfe, Diskriminierung von Minderheiten u.a.), noch einen besonderen Parallelbericht abzugeben, natürlich in Abstimmung mit der wsk-Allianz, in dem die von der GBM im wsk-Bericht aufgeworfenen Probleme noch näher erläutert werden.

Zehn der zwanzig bei der Tagung des Ausschusses anwesenden NGOs, darunter auch die GBM, nutzten die Möglichkeit, vor den Ausschuss-Mitgliedern ein mündliches Statement abzugeben, das aus Zeitgründen auf zwei bis drei Minuten begrenzt war. Es gelang, die oben genannten Hauptfragen der GBM, auf die wir in der Stellungnahme der Bundesregierung zur Kritik am Staatenbericht eine befriedigende Antwort erwarteten, laut und deutlich zu benennen. Tatsächlich wurden alle Probleme von Mitgliedern des Ausschusses aufgegriffen und in ihre Fragen an die Vertreter der Bundesregierung einbezogen. Die ersten Antworten, die die Delegation gab, sind ermüdetend:

– Es gäbe kaum Normen des Sozial-



Der GBM-Ortsverband Chemnitz und Umgebung gestaltete am 1. Mai 2011 im Chemnitzer Stadtzentrum einen Infostand

paktes, die nicht im Grundgesetz der BRD, das in Deutschland höchsten Stellenwert habe, abgedeckt seien. Deshalb brauchten Gerichte und Gesetzgebung auch nicht ausdrücklich auf den Sozialpakt Bezug zu nehmen. – Die Arbeitslosenzahlen seien drastisch gesenkt worden. Die Worte „prekäre Arbeitsplätze“ oder „Aufstocker“ kamen in der Antwort nicht vor. Kurzarbeit wurde ausschließlich als nützlicher Stabilisator am Arbeitsmarkt erwähnt.

– Auf die Frage nach der Benachteiligung von Funktionsträgern der DDR bei der Rentenfestsetzung wurde nicht eingegangen, das Urteil vom Juli 2010 war dem für die staatliche Seite Berichtenden offenbar nicht bekannt.

– Bei den Renten habe es in den letzten 10 Jahren eine zehnprozentige Erhöhung gegeben. Das sei nicht viel, aber es habe weder Stagnation noch Senkung gegeben. Im West-Ostgefälle könne das Argument geltend

gemacht werden, dass die Renten im Osten wegen der dort niedrigeren Lebenshaltungskosten sogar höher sind. Auf diesem komplizierten Gebiet gäbe es sehr unterschiedliche Interessen zu berücksichtigen, die der Staat in den nächsten Jahren harmonisch zu ordnen hoffe.

– Die Bundesrepublik sei ein Sozialstaat, und wenn noch nicht alle Probleme gelöst seien, so liege das an den fehlenden Mitteln.

Das sind nur einige Eindrücke der ersten Tage der Konferenz. Sie endet erst am 20. Mai, also nach Redaktionsschluss, und es ist abzuwarten, was dann in die Empfehlungen des Ausschusses an Deutschland eingeht. Aber es steht wohl fest, dass die Aufgaben der GBM und der anderen NGOs, was Aufklärung der Sachverhalte und Aufbau eines öffentlichen Drucks gegen die Verletzung wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Menschenrechte betrifft, nicht kleiner werden.

Der Vorstand tagte

Diese Themen stehen auch im Vordergrund der Veranstaltung, die zum 20. Gründungstag der GBM in Berlin stattfindet und mit deren Vorbereitung sich der Vorstand im weiteren Verlauf seiner Beratungen befasste. Der Protest gegen Menschenrechtsverletzungen in Deutschland generell, namentlich durch den Rückbau sozialer Systeme, und insbesondere gegen die Diskriminierung Ostdeutschlands werden den Beitrag der GBM zu den Aktivitäten des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden am 3. Oktober 2011, dem Jahrestag der staatlichen Einheit, bestimmen und sollen 2012 zu einem

Tribunal gegen den Abbau sozialer Menschenrechte in Deutschland führen.

Der Vorstand nahm zustimmend Kenntnis von der Erklärung, die am Vortag der Bundesausschuss Friedensratschlag in Kassel – die GBM arbeitet in ihm mit – zum gewaltsamen Tod des angeblichen Al-Kaida-Führers Osama bin Laden abgegeben hatte; sie steht unter dem Leitwort „Keine Jubelstürme bei der Friedensbewegung“.

Ferner wurden der Finanzbericht für 2010 bestätigt und der Haushaltsplan für 2011 gebilligt. *-isc-*

GBM wendet sich an UNO-Gremium

Seite 2

Es gab keine „innerdeutsche“ Grenze

Seite 3

Eine Geschichtsstunde besonderer Art

Seite 5

Bildnisse von Hans Vent in der GBM-Galerie

Seite 6

Alle Menschenrechte im ganzen Deutschland!

GBM weist UNO-Gremium auf Ostdeutschlands Probleme hin

Zwanzig zivilgesellschaftliche Organisationen und Netzwerke (wsk-Allianz), darunter die GBM, haben den Vereinten Nationen einen Bericht über die Lage der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte in Deutschland vorgelegt (siehe Seite 1). In diesem Bericht fordern sie unter anderem, das Sachleistungsprinzip im Asylbewerberleistungsgesetz und die 100-Prozent-Sanktionen bei Hartz IV abzuschaffen. Weiter werden die Überprüfung der psychiatrischen Zwangsbehandlung von Menschen mit und ohne Behinderung sowie die Abschaffung der Studiengebühren verlangt.

Die Allianz für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte in Deutschland (wsk-Allianz) ist ein ad-hoc-Netzwerk, gegründet im März 2009 mit dem Ziel, einen koordinierten, gemeinschaftlichen Parallelbericht zum Fünften Staatenbericht der Bundesrepublik Deutschland über die Umsetzung des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte zu verfassen. Deutschland hat diesen Pakt im Jahr 1973 ratifiziert.

Am 6. und 9. Mai legte die deutsche Bundesregierung dem UN-Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte über die Umsetzung dieser Rechte in Deutschland Rechenschaft ab. Im Anschluss spricht der UN-Ausschuss Empfehlungen an Deutschland aus.

Gleichzeitig unterbreitete die GBM dem UN-Ausschuss zum dritten Mal eine gesonderte Stellungnahme zur Umsetzung des wsk-Pakts. Sie verweist darauf, dass sich im vergangenen Jahrzehnt auf diesem Gebiet in der Bundesrepublik eindeutig negative Entwicklungen vollzogen haben. Systembrüche bei sozialen Sicherungssystemen, insbesondere bei der Behandlung von Arbeitslosen (Hartz-IV-Gesetzgebung), bei der Neuregelung für Rentner und für gesetzlich Versicherte und Kranke, wurden durchgesetzt. Entgegen Artikel 11 (1) des Sozialpakts, der das Recht eines jeden auf einen angemessenen Lebensstandard und auf eine stetige Verbesserung der Lebensbedingungen festschreibt, seien bei den genannten Sozialsystemen „absichtlich herbeigeführte rückschrittliche Maßnahmen“ durchgesetzt worden. „Als NGO mit vorwiegend ostdeutscher Mitgliedschaft halten wir es zudem für geboten, uns zu einigen spezifisch ostdeutschen Fragen im Hinblick auf die Umsetzung des Sozialpakts zu äußern“, heißt es in der Stellungnahme.

Im Blick auf die Hartz-IV-Gesetzgebung stellt sie eine gravierende Verschlechterung der Situation Arbeitsloser fest. Früher waren die Sicherungssysteme so ausgelegt, dass die Arbeiter beim Eintritt des „Risikoalles“, also der Arbeitslosigkeit, ihr Lebensniveau ohne existenzbedrohende Abstriche über einen relativ langen Zeitraum (zwei Jahre) erhalten konnten. Jetzt dagegen werden sie rasch an die Grenze minimaler Absicherung herangeführt. Entsprechend der neuen Regelung erhalten sie bereits nach nur sechs Monaten das sogenannte Arbeitslosengeld II als eine Grundsicherung auf dem Niveau der Sozialhilfe. Diese Arbeitnehmer haben aber über viele Jahre hinweg eigene Beiträge zur Arbeitslosenversicherung gezahlt und werden jetzt so behandelt wie sozial Bedürftige, die – aus welchen Gründen auch immer – niemals eigene Beiträge entrichtet haben.

„Aber natürlich hat der Umgang mit Arbeitslosen auch Auswirkungen auf die noch Beschäftigten, die durch den Konkurrenzdruck auf dem Arbeitsmarkt zur Annahme prekärer und unterbezahlter, befristeter, ungeschützter Arbeitsverhältnisse gezwungen sind“, hält die GBM-Stellungnahme fest. Sie kritisiert insbesondere die Zumutbarkeitsregelung und die festgelegte Höhe der Regelsätze für das Arbeitslosengeld II, die de facto „Armut per Gesetz“ bedeute.

Ausführlich äußert sich die GBM zur Rentengesetzgebung und zum Problem der Altersarmut. Der Regie-

berichtsbericht beschreibt die im Zeitraum 2001–2007 unternommenen Reformschritte unter Ausblendung aller realen Probleme und schöngefärbt als „erfolgreich“, verschweigt aber die verheerenden Auswirkungen, die in den kommenden 10 bis 15 Jahren unvermeidlich sein werden. Der Gesetzgeber hat seit 1996 mehr als 40 Einzelmaßnahmen zur Änderung des Rentenrechts beschlossen, mit denen bestehende Leistungen der Rentenversicherung gekürzt oder ganz gestrichen wurden. Dabei wurden grundlegende Prinzipien der deutschen Rentenversicherung, die seit 1957 in der Bundesrepublik als unumstößlich galten, preisgegeben und untergraben. Durch die Einführung der „Riester-Rente“ wurde die bisherige paritätische Finanzierung aufgegeben; Teile der Rentenversicherung wurden – wie schon bei der Krankenversicherung – privatisiert mit der Folge, dass jetzt die Versicherten einen höheren „Eigenanteil“ zahlen sollen, während der Beitrag der „Arbeitgeber“ unverändert bleibt.

Der seit 1957 gültige Grundsatz, dass die Rente Lohnersatz im Alter ist und im gleichen Umfang wie die Erwerbseinkommen steigt, wurde durch mehrmalige Abänderungen der Rentenformel aufgegeben; die Rentenentwicklung wurde so vom Anstieg der Erwerbseinkommen abgekoppelt. Seit 2004 ist die Rentendynamisierung praktisch zum Stillstand gekommen. Sie liegt zudem niedriger als die Inflationsrate.

Erst 2009 – im Jahr der Bundestagswahl – gab es wieder eine nennenswerte Rentenerhöhung von 2,41 bzw. 3,38 Prozent. Damit erreichen die Ostrenten 88,7 Prozent zum Rentenwert West. Die durchschnittliche Bruttorente beträgt in den alten Bundesländern 1467 Euro, im Osten jedoch nur 1074 Euro. 2010 gab es wieder keine Rentenerhöhung, die Inflationsrate betrug 1,1 Prozent.

„Wie der Staatenbericht zeigt, betrachtet die Bundesregierung die in den letzten zwölf Jahren betriebene Rentenpolitik als alternativlos. Wir sind der Auffassung, dass es Alternativen gibt“, betont die GBM-Stellungnahme. „Obwohl Gewerkschaften und Sozialverbände auf die drohende Altersarmut hinweisen und Alternativvorschläge unterbreiten, gibt es seitens der Bundesregierung keinerlei Reaktion. Es wurden im Gegenteil im Jahre 2008 weitere Rentenkürzungsmaßnahmen beschlossen, mit denen für die kommenden Rentner(innen) die Gefahr der Altersarmut weiter wächst. Die Erhöhung des Renteneintrittsalters um zwei Jahre (in Deutschland wird von ‚Rente mit 67‘ gesprochen) bedeutet bei der kritischen Beschäftigungslage, besonders in Ostdeutschland, durch vorzeitigen Rentenbeginn eine weitere Rentenkürzung.“

Bereits heute sei die seit 1996 betriebene Politik der Rentenkürzung spürbar. So stellte die Armutskonferenz des Landes Brandenburg im Juli 2009 fest, dass Männer im Jahre 2007 noch eine Durchschnittsrente von 903 Euro erhielten, während sie beim Renteneintritt 2009 nur noch durchschnittlich 770 Euro Rente bekommen. Bei Frauen sanken die entsprechenden Zahlen von 656 auf 632 Euro. Nur jeder sechste Neurentner beginnt seine Rente aus einem versicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis. Fast die Hälfte aller Neurentner war vor Rentenbeginn arbeitslos. Die Folge ist, dass nahezu drei Viertel der Versicherten zum Teil erhebliche Rentenabschläge (wegen vorzeitigem Rentenbeginn) hinnehmen müssen. Diese Menschen liegen mit ihrem Renteneinkommen damit deutlich unter der von der Landesregierung angegebenen „Risikoschwelle“ von 781 Euro.

„Mehr als 20 Jahre nach der Herstellung der staatlichen Einheit Deutschlands gibt es noch immer Rentenprobleme, für die keine befriedigenden Lösungen gefunden wurden“, hebt die GBM in ihrer Stellungnahme hervor. Die Äußerungen im Bericht der Bundesregierung zur unterschiedlichen Höhe der aktuellen Rentenwerte Ost und West seien Ausdruck einer Politik, mit der sie seit Jahren diesem Problem begegne.

Für die Rentner(innen) im Osten ist der noch bestehende Unterschied eine Diskriminierung und eine Abwertung

ihrer Lebensleistungen. Die Bundesregierung ging 1990 davon aus, dass gleichwertige Lebensbedingungen und damit gleiche Rentenwerte etwa im Jahre 1996 erreicht werden können. Während bis 1996 eine deutliche Annäherung des Rentenwerts Ost erfolgte, wurde im Zeitraum 1997 bis 2007 nur noch eine Annäherung von 2,7 Prozent erreicht. Nach dem Rentenversicherungsbericht der Bundesregierung von 2009 ist bis 2011 lediglich eine weitere Annäherung um 0,3 Prozent vorgesehen. Eine endgültige Angleichung der Ostrenten an das Westniveau könnte nach dem Rentenversicherungsbericht 2020 erfolgen. Nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung sei dies erst nach mehr als 50 Jahren möglich. Die Wissenschaftler dieses Instituts begründen diese Perspektive mit der deutlich geringeren Wirtschaftskraft der neuen Bundesländer, mit der doppelt so hohen Arbeitslosigkeit, mit der Abwanderung von etwa 2,3 Millionen meist junger Menschen aus dem Osten in die alten Bundesländer, mit dem niedrigen Lohnniveau und der massenhaften untertariflichen Bezahlung im Osten und anderen Faktoren.

„Unsere Gesellschaft hat gemeinsam mit anderen Sozialverbänden und Gewerkschaften bereits 2002 gegen diese Perspektive protestiert“, unterstreicht die GBM. „Der Protest richtete sich auch gegen die Ablehnung eines Antrags der Linksfraktion im Deutschen Bundestag, der – ähnlich wie ein Antrag der Gewerkschaft ver.di – eine politische Entscheidung für eine schrittweise Anhebung des aktuellen Rentenwertes (Ost), finanziert aus Steuermitteln, vorsah. Die spezielle Anpassungsregel (§ 255a SGB VI) für die Entwicklung der Ostrenten war bei ihrem Erlass 1992 eine politische Entscheidung. Sie ist inzwischen zu einer Benachteiligung geworden, die die Bürger in den neuen Bundesländern als ungerecht und als Deklassierung, als Behandlung wie Bürger zweiter Klasse empfinden müssen.“

Des Weiteren geht die Stellungnahme auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 6. Juli 2010 zur Rentenkürzung für Personen mit bestimmten Funktionen ein. „Das höchste deutsche Gericht ist seiner Pflicht, das Verhalten der Bundesrepublik Deutschland mit ihren Verpflichtungen aus dem Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte in Übereinstimmung zu bringen, nicht nur nicht gerecht geworden, es hat vielmehr rentenrechtliche Diskriminierungen aus politischen Gründen gebilligt. Es hat zugleich die Personen mit bestimmten Funktionen gegenüber anderen Personengruppen, für die ähnliche Rentenbegrenzungen bestanden, die wegen anders-

(Fortsetzung auf Seite 4)

„Gefährlicher Unsinn“

Der Begriff „innerdeutsch“ und seine Verwendung im Zusammenhang mit der Staatsgrenze DDR/BRD Von Dr. Klaus Emmerich (Kassel)

Der Begriff „innerdeutsch“ wurde und wird auch in der Zeit nach Anschluss der DDR als ein ideologischer stereotyper Kampfbegriff der alten BRD verwendet. Er bringt zum Ausdruck, es habe zwischen den beiden deutschen Staaten keine aus der Souveränität abgeleiteten inneren Angelegenheiten der DDR gegeben.

Die DDR, ein gleichberechtigter deutscher Staat, war für die BRD kein Ausland. Es kam einer Leugnung der Staatlichkeit der DDR gleich. Dagegen wendete sich die völkerrechtlich gestützte Argumentation der DDR auch im Zusammenhang mit dem Begriff „innerdeutsch“ bzw. „innerdeutsche Grenze“.

Im allgemeinen und amtlichen Sprachgebrauch in der BRD blieben die Begriffe „Zonengrenze“ bzw. „innerdeutsche Grenze“ erhalten. Daran änderte sich auch nichts, nachdem der Grundlagenvertrag abgeschlossen wurde und beide deutsche Staaten Mitglieder der UNO wurden. Fährt man im Jahre 2011 über die jetzige Grenze zwischen den neuen und den alten Bundesländern, dann kann man u. a. das Schild sehen: „Hier verlief bis 1989 die innerdeutsche Grenze.“

Neben dem irrigen Begriff „innerdeutsch“ wird auch geleugnet, dass die Staatsgrenze DDR/BRD bis zum Anschluss der DDR am 3. Oktober 1990 bestand. Das nicht nur rechtliche Anliegen, sondern die politische Bedeutung einer strikten Trennung von Grenzregime (als staatsrechtliches Problem) und Verlauf der Staatsgrenze (als völkerrechtliches Problem) kommt hier besonders zum Ausdruck. Die DDR ging immer davon aus, dass sichere Grenzen dazu beitragen, dass „weder in unserer Zeit noch in Zukunft ein Krieg von deutschem Boden ausgehen kann“.(1)

Noch lange wurden in Titeln von Rechtsvorschriften der DDR die Begriffe „Demarkationslinie zwischen der DDR und den westlichen Besatzungszonen Deutschlands“, „an der Demarkationslinie“, „Gebiet der DDR und des demokratischen Sektors von Groß-Berlin“, „Interzonenreiseverkehr“, „Grenze zwischen DDR und der Deutschen Bundesrepublik“ genannt. (2) Später hieß es dann „Westgrenze der DDR“, „Staatsgrenze der DDR“, „Staatsgrenze zwischen der DDR und Westberlin“, schließlich im Jahre 1990 (nicht ohne Einfluss der BRD) „an den innerdeutschen Grenzen“ (3). Unabhängig von der Bezeichnung war es eine Staatsgrenze zwischen beiden deutschen Staaten.

Zum Begriff „innerdeutsch“ führte zum Beispiel ein hochrangiger Vertreter der DDR aus: „Der Begriff ‚innerdeutsch‘ ist nicht nur Unsinn, sondern gefährlicher Unsinn. Es gibt keine innerdeutschen Grenzen, son-

dern Grenzen zwischen der DDR und der BRD. Es gibt keine innerdeutschen Konflikte. Und die Bombe, die von der BRD auf die DDR abgeworfen würde, jede feindliche Handlung gegen unsere Grenze und unser Territorium sind nicht innerdeutsch, sondern Aggression im Sinne des Völkerrechts. Die Beziehungen zwischen der DDR und der BRD sind ebenso wenig innerdeutsch, wie die Beziehungen zwischen Frankreich und Kanada innerfranzösisch genannt werden können, nur weil es französisch sprechende Kanadier gibt.“(4)

Schon aus diesem Grunde mutet es wie ein Witz an, wenn es in der Anordnung der DDR von 1990 über die Aufhebung der Personenkontrollen an den „innerdeutschen Grenzen“, statt an den Staatsgrenzen, heißt. (5) Selbstverständlich hatte das nichts mit einer Destabilisierung der DDR zu tun . . .

Bei dem Treffen des Staatsratsvorsitzenden mit Bundesminister Seiters am 4. Juli 1989 wurden die folgenden Äußerungen Honeckers durch den Bundesminister „würdigend“ zur Kenntnis genommen: Eine Politik „der Veränderung der Grenzen“ sei illusionär. „Die Philosophie des Fortbestandes des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 sei nicht haltbar, das Deutsche Reich sei untergegangen. Seit 1949 gebe es zwei deutsche Staaten“. (6)

Der Staatsratsvorsitzende Krenz erklärte am 20. November 1989 in Berlin im Gespräch mit dem Bundesminister: „Die DDR mache die Grenzen durchlässiger, das heiße aber nicht, dass die Grenzen in Frage gestellt würden. Das gelte auch für die Grenze in Berlin.“ (7)

Grundlagenvertrag und Grenze

Die Bedeutung des Grundlagenvertrages liegt darin, dass er als „Kernstück eines ganzen Geflechtes von Vereinbarungen und Regelungen, die das Verhältnis zwischen der DDR und der BRD auf eine normale gutnachbarliche Basis stellen sollten“, anzusehen ist. Seine Regelungen trugen Kompromisscharakter und waren ausgewogen, so „dass man kaum etwas hinzufügen oder wegnehmen konnte, ohne das ganze Gebäude aus dem Gleichgewicht zu bringen“. (8) Der Grundlagenvertrag und seine Regelungen zu den Grenzfragen trugen dazu bei, die Grundfrage zu beantworten: Waren die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten völkerrechtlicher Art oder „innerdeutsch“?

Die Regelungen zu den Grenzfragen „enthielten insofern einen Trick, als bei weiter Auslegung auch Grenzveränderungen darunter verstanden werden konnten . . .“ Der BRD-Vertreter wollte „dies aus rechtlichen Gründen

nicht ausdrücklich formulieren, da für Grenzveränderungen nur die vier Mächte wegen ihrer ‚Verantwortung für Deutschland als Ganzes‘ zuständig seien. Wir stimmten zu, da wir davon ausgingen, dass es ohnehin keine nennenswerten Grenzveränderungen geben könnte, allenfalls kleine Grenzkorrekturen, über die man sich leicht verständigen würde. Ein Irrtum, wie sich bald zeigte. Das Grenzprotokoll war . . . eine Art Generalvollmacht (vor allem für die Verhandlungen in der Grenzkommision – K.E.). Natürlich war es den vier Mächten völlig gleichgültig, wie die beiden deutschen Staaten ihre Grenzprobleme regelten; die Bonner Berufung auf die Viermächteverantwortung (für ganz Deutschland) war nur ein Vorwand, um Regelungen auszuweichen, die nicht in das BRD-Konzept passten. . . Die Elbgrenze sollte das Hauptproblem bleiben. Es ist mir bis heute unbegreiflich, warum Bonn nicht bereit war, einer Elbgrenze Mitte Strom zuzustimmen. . . die BRD (hätte) nichts verloren; denn in der Praxis wurde so verfahren, als ob die Grenze in der Mitte des Stromes verlief.“(9)

Auch nach Unterzeichnung und Inkrafttreten des Grundlagenvertrages ging es in der Auseinandersetzung zwischen den beiden deutschen Staaten vorrangig um die Folgevereinbarungen zu Post- und Fernmeldewesen; Transitverkehr; Wirtschaft; nichtkommerzieller Zahlungsverkehr; Wissenschaft und Technik; Rechtsverkehr; Staatsbürgerschaft; Gesundheitswesen; Sport; Kultur; Umweltschutz; Reiseerleichterungen und -verbesserungen; Fortführung der Familienzusammenführungen; Entlassung ehemaliger Häftlinge aus der DDR; Stromlieferungen nach Westberlin; Bau von Autobahnen; Arbeitsmöglichkeiten für Journalisten; Einrichtung der Ständigen Vertretungen; Transfer von Unterhaltszahlungen. (10)

Eine Nebenrolle spielten offenbar für beide Seiten die Verhandlungen der Grenzkommision und die damit im Zusammenhang stehenden Fragen, wie z. B. die Feststellung des Grenzverlaufs in der Elbe, der Abbau der Braunkohleabkommen im Raum Harbke, die Nutzung des Erdgasvorkommens im Raum Salzwedel. Für die Massenmedien der Alt-BRD sah das natürlich anders aus. Trotz dieser „Nebenrolle“ wurden diese Verhandlungen immer wieder mediengerecht und damit öffentlichkeitswirksam mit „Grenzzwischenfällen“ und der „Anwendung der Schusswaffe“ durch die Grenzsicherungskräfte der DDR „umrahmt“. Jeder Schuss an der Staatsgrenze DDR/BRD oder an der Grenze zu Westberlin wurde mit dem Geschrei von „Freizügigkeit“ für alle Deutschen umrahmt und dabei „ver-

gessen“, dass es selbst im Grundgesetz für die alte BRD diese Freizügigkeit nicht gibt!

Eine nicht unwesentliche Rolle in den Grenzfragen zwischen beiden deutschen Staaten spielte das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Grundlagenvertrag mit der DDR vom 31. Juli 1973, in dem es u. a. hieß, dass „das Deutsche Reich den Zusammenbruch 1945 überdauert“ habe und fortbestehe. Die DDR könne „nicht als Ausland angesehen“ werden. Bei der Grenze zwischen der BRD und der DDR handele es sich um eine staatsrechtliche Grenze „ähnlich denen, die zwischen den Ländern der Bundesrepublik Deutschland verlaufen“. Die deutsche Frage bleibe bis zur Herstellung der deutschen Einheit offen. (11) Der Grundlagenvertrag reihte sich nahtlos in die gesamte Nachkriegsentwicklung Europas ein. Die Gründung der UNO, das Potsdamer Abkommen, die Verträge von Moskau und Warschau, das Vierseitige Abkommen, schließlich die KSZE-Schlussakte gehörten in diese Reihe.

Strikte Trennung von Grenzverlauf und Grenzregime

Stets wurde und wird in Rechtswissenschaft, Politik und damit auch in den Medien ignoriert, dass das Grenzregime grundsätzlich eine innere Angelegenheit des Staates ist, von dem es angewandt bzw. durchgeführt wird. Die DDR ging davon aus, dass „die Festlegung von Grenzübergangsstellen und Transitstrecken sowie das Grenzregime in ihre alleinige souveräne Kompetenz fallen. Man könne den Abkommenspartnern die Zusage geben, sie über unsere Festlegungen zu informieren.“ (12)

Seitens der DDR wurde das Grenzregime als die „Gesamtheit notwendiger, staatsrechtlicher Normen eines Staates zur Gewährleistung der territorialen Integrität und der Unverletzlichkeit seiner Grenzen sowie zur Regelung der Sicherheit und Ordnung in den grenznahen Räumen, der rechtmäßigen Grenzpassage und grenzüberschreitenden Kommunikation in Grenzanliegenheiten sowie das Tätigwerden der zu diesen Regelungen herangezogenen staatlichen Organe und gesellschaftlichen Kräfte“ (13) betrachtet.

Ausgehend vom Artikel 7 der DDR-Verfassung gehörten Teile des Grenzgesetzes mit den entsprechenden Grenzordnungen; das Ausländer- und Paßgesetz; Regelungen für den grenzüberschreitenden Reiseverkehr für DDR-Bürger sowie der grenzüberschreitende Waren- und Devisenverkehr (Zollgesetz); die Grenzsicherung bzw. Grenzüberwachung zum Grenzregime.

(Fortsetzung auf Seite 4)

Alle Menschenrechte im ganzen Deutschland!

(Fortsetzung von Seite 2)

lautender Urteile des Bundesverfassungsgerichts aus den Jahren 1999 und 2004 durch den Gesetzgeber aufgehoben werden mussten, benachteiligt, also diskriminiert“, wird festgestellt. In diesem Zusammenhang weist die Stellungnahme darauf hin, dass die Regierung der BRD ungeachtet der eindringlichen Aufforderungen, wie sie in den Ziffern 16 und 36 der abschließenden Bemerkungen des Ausschusses für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte zu Deutschland von 1998 zu ostdeutschen Rentenfragen formuliert wurden, keine Veränderungen ihrer grundsätzlich negativen Haltung in diesen Fragen hat erkennen lassen. „Ungeregelte Rentenfragen sind eine Belastung für das Bestreben, gleichwertige Lebensverhältnisse in Deutschland herzustellen. Die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse erfordert nicht nur die Angleichung der Einkommen, sondern vor allem die Überwindung ungerechtfertigter ungleicher Chancen für ein

selbstbestimmtes Leben. Es ist unabdingbar, Voraussetzungen zu schaffen, dass die Ostdeutschen in die Lage versetzt werden, durch eigene Leistungen die Angleichung vollziehen zu können. Nötig ist eine gezielte Förderung von Strategien, die verhindern, dass Ostdeutschland ein Niedriglohmland bleibt. Durch die Schaffung von Arbeitsplätzen ist zu ermöglichen, dass die Ostdeutschen eigene angemessene Einkommen erzielen können. Noch ist die Situation eine andere. In wissenschaftlichen Studien wird festgestellt, dass es in den 90er Jahren Fortschritte bei der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse gegeben hat, aber nach 1997 sei die Annäherung nicht nur zum Stillstand gekommen, die verbliebene Ost-West-Wohlstandslücke habe sich erneut vergrößert. Das ostdeutsche Wohlstandsdefizit habe sich 2007 mit 16 Prozent gegenüber 1995 mit 15,6 Prozent sogar noch vergrößert.“

Das am 1. 1. 2011 in Kraft getretene Gesetz über eine Gesundheitsre-

form wird von der GBM prinzipiell kritisiert, weil mit ihm „der Gerechtigkeitsgrundsatz auf verschiedene Weise verletzt wird“. Die Stellungnahme erwähnt „Vorschläge, wie eine solidarische und gerechte Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung erfolgen könnte“:

– Erhalt der solidarischen und paritätisch finanzierten gesetzlichen Krankenversicherung durch Einführung einer „Bürgerversicherung“, der alle Beschäftigten angehören;

– Einbeziehung aller steuerpflichtigen Einkommen in die Beitragsbemessung;

– Abschaffung der Versicherungspflichtgrenze und damit Verhinderung des Austritts der Besserverdiener aus der gesetzlichen Krankenversicherung;

– Kostendämpfung durch Einflussnahme auf die Preisgestaltung der Pharmaindustrie (Einführung einer Positivliste für Medikamente).

Schließlich macht die GBM auf den Umgang mit im Osten Deutschlands entstandener Kunst im politisch vereinten Deutschland aufmerksam. „An die Stelle einer selbstverständlichen Einordnung der im Osten Deutsch-

lands entstandenen Kunst in die deutsche Nationalkultur traten Intoleranz, Verdrängung und Manipulation“, heißt es in der Stellungnahme. Viele Beispiele werden genannt:

Etwa die Hälfte der DDR-Kunstwerke im öffentlichen Raum wurde demonstriert, zum Teil zerstört, zum Teil eingelagert oder mit Werbung überdeckt.

In vielen Museen und Sammlungen wurden Werke von DDR-Künstlern entfernt und in die Depots verbracht.

Vier Wandbilder von Prof. Walter Womacka wurden beim Abriss des DDR-Außenministeriums zerstört.

Von etwa 19 000 Büchereien im Osten Deutschlands wurden bisher 16 500 geschlossen.

Etwa 30 Millionen Bücher aus DDR-Verlagen wurden auf Müllkippen entsorgt.

Viele Klubbhäuser und andere Kulturinstitutionen wurden geschlossen.

„Deshalb setzen wir uns dafür ein, eine längst überfällige Sensibilisierung der öffentlichen Meinung für Fragen der kulturellen Menschenrechte zu erreichen, und damit auch für ein Ende der seit 20 Jahren herrschenden Diskriminierung der im Osten Deutschlands entstandenen Kunst“, erklärt die GBM.

„Gefährlicher Unsinn“

(Fortsetzung von Seite 3)

Die Sicherungsanlagen, egal in welcher Form, verliefen niemals auf der Grenzlinie, sondern waren begradigt und hatten einen Abstand von mindestens einem Meter vom Verlauf der Grenze, er konnte mehrere hundert Meter betragen.

Das Bauen von sechs Meter hohen Mauern auf fremdem Staatsgebiet, wie es Isreal praktiziert, wäre gleichzusetzen mit Sicherungsanlagen der DDR, die auf Hoheitsgebiet der BRD errichtet worden wären. Man stelle sich vor, die DDR hätte die Hansestadt Lübeck „eingemauert“!

Die Grenzen in und um Berlin waren an einigen Stellen mit der „Mauer“ identisch (wenn diese z. B. direkt mit der Straßengrenze oder Häuserfront übereinstimmte). Rechtlich unbestritten sollte aber sein, dass die

Grenze um Westberlin keine Staatsgrenze war, an der die Regeln des Völkerrechts galten, weil Westberlin inmitten und auf dem Hoheitsgebiet der DDR lag. Wer Genaueres wissen will, sollte mein Buch „Grenzen. Eine Auswahl staats-, völkerrechtlicher sowie zeitgeschichtlicher Aspekte der Grenzen am Beispiel beider deutscher Staaten und der Hauptstadt Berlin“ (Edition Ost 2009, ISBN 978-3-89793-223-4) zur Hand nehmen.

Die Grenzpolizei und später die Grenztruppen der DDR hatten zwei grundsätzliche Aufgaben: die Grenzsicherung unter Friedensbedingungen zu gewährleisten und bereit zu sein, Gefechtsaktionen zur Verteidigung nicht nur der Staatsgrenze zu führen, sondern das gesamte sozialistische Weltsystem zu schützen, den Weltfrieden zu erhalten.

Anmerkungen zum Dokument „Gefährlicher Unsinn“

(1) Erklärung des Vorsitzenden des Staatsrates, Niemals Krieg, 1964 in: Schriftenreihe des Staatsrates 1964 Seite 8.

(2) Vgl. Grenzregime der DDR.

(3) Vgl. ebenda.

(4) Gespräch des Mitglieds des Politbüros der Zentralkomitees der SED Axen mit dem französischen Außenminister Schuman, Paris, 4. Februar 1972, in: Dokumente DzD VI/2 (1971/1972); Bahr – Kohl Gespräche 1970-73, 2004. Erster Teilband Nr. 125 Seite 484

(5) Verordnung, Kontrollen, 1990.

(6) DzD, Dokument Nr. 13, Seite 333.

(7) A.a.O. Dokument Nr. 96. Seite 554.

(8) Seidel, Karl: Berlin-Bonner Balance, 20 Jahre deutsch-deutsche Beziehungen, 2002, Seite 168

(9) A.a.O., Seite 38 f.

(10) Vgl.: Dokumente DzD VI/2 (1971/1972); Bahr – Kohl Gespräche 1970-73, Nr. 51 2004 Seiten 39 f.; 44 ff.; 373 ff.; 387 ff.

(11) BverfGE, 36, S. 15, 21, 23

(12) Konsultation zwischen dem Außenminister der DDR Winzer und dem sowjetischen Außenminister Gromyko, Moskau, 20. Oktober 1971. In: Dokumente DzD VI/2 (1971/1972); Bahr – Kohl Gespräche 1970-73, 2004 Nr. 103 Seite 419

(13) Bischoff/Freitag/Paulsen: Grenzregime der DDR, 2004, Seite 72.

Statt novembergrau – frühlingsbunt 14 Tage auf Madeira – vom 3. bis 17. November 2011

Wir entinnen dem grauen Monat November und erleben unter Gleichgesinnten erholsame Tage auf der Blumeninsel Madeira mit ihrem angenehmen Klima, herrlicher Fauna, Flora und vielen Sehenswürdigkeiten. Dazu gehören historische Denkmäler, prächtige Gärten, malerische Dörfer und phantastische Landschaften.

Wir sind im Hotel „Estrelizia“ in Funchal untergebracht. Alle Zimmer sind mit Bad oder Dusche/WC, Föhn, Kabel-TV, Telefon und Safe ausgestattet. Weiterhin stehen den Gästen 2 Pools, Whirlpool und Sauna zur Verfügung. Das Hotel ist der Ausgangspunkt für unsere Ausflüge auf der Insel, wie zum Zentrum der Korbflechterei Camacha oder zum Gipfel Pico Ariero. In Santana sind die typischen mit Stroh gedeckten Häuser zu besichtigen, in Funchal der bekannte Markt und der Botanische Garten.

Leistungen:

- GBM-Reiseleitung
- Flug Berlin – Funchal/Madeira
- Begleiteter Transfer Flughafen/Hotel/Flughafen
- 14 x Übernachtung/Halbpension
- Insolvenzversicherung

Ausflüge werden vor Ort günstig organisiert.

Preis: 999,00 Euro je Person im Doppelzimmer, Einzelzimmer auf Anfrage
Zuzüglich Kerosinzuschlag entsprechend der Fluggesellschaft.

Anmeldung

Reiseziel:

Anschrift:

Telefon:

..... EZ DZ Personenanzahl:

Unterschrift:

Senden an: Zentraler Arbeitskreis Kultur- und Bildungsreisen der GBM, Weitlingstraße 89, 10317 Berlin, Tel.: 030/557 83 97 • Weitere Informationen: Gisbert Graff, Leiter des Zentralen AK Kultur- und Bildungsreisen der GBM, Winklerstraße 9, 12623 Berlin, Tel.: 030/56 58 77 15

Reiseziel Industriemuseum

GBM-Freundeskreis zu Besuch in Brandenburg an der Havel

Am 5. April hatte der Freundeskreis Kultur- und Bildungsreisen der GBM zu einer Tagesfahrt in das Industriemuseum Brandenburg an der Havel eingeladen. 42 Teilnehmer bestiegen voller Erwartung auf einen interessanten Tag den Bus.

In Brandenburg wurden wir von Herrn Rauch, einem einstigen Stahlwerker, und Herrn Schmidt im Industriemuseum, einem Teil der alten Stahlwerkshalle, begrüßt. Uns wurde ein Jahrhundert Stahlgeschichte nahe gebracht. Die Stahlherstellung begann in Brandenburg 1912. In den 20er und 30er Jahren des vorigen Jahrhunderts entwickelte sich der Standort zu einem der bedeutendsten mitteldeutschen Stahlproduzenten. Im Zweiten Weltkrieg wurde das Werk einer der bedeutendsten Rüstungsbetriebe Brandenburgs und deshalb in der Zeit von 1945 bis 1947 demontiert.

Im Februar 1950 erfolgte die Grundsteinlegung für ein neues Stahlwerk an der alten Stelle. Im Frühjahr waren schon mehr als 1960 Personen auf dem Gelände tätig. Der Aufbau des Stahl- und Walzwerkes wurde von Erich Franz geleitet. Bereits im Sommer sollte der erste Ofen produzieren. Dazu mussten in nur fünf Monaten auch der notwendige Kamin, die Gießgrube, die Generatorenanlagen samt Halle, Ofen und Gießhalle mit Krananlagen und allen Versorgungseinrichtungen fertig gestellt werden. Nur unter Aufbringung aller Reserven und Mobilisierung aller verfügbaren Arbeitskräfte sowie mit der staatlichen Unterstützung bei der Beschaffung der Baumaterialien, Maschinen und Anlagen wurde es möglich, dass am 20. Juli 1950 um 12.00 Uhr der Minister für Schwerindustrie, Fritz Selbmann, das Zeichen für den ersten Abstich geben konnte. 4000 Menschen erlebten mit Begeisterung diesen historischen Augenblick.

1953 ragten bereits zehn Schornsteine der Siemens-Martin-Öfen in den Brandenburger Himmel und bis 1967 kamen noch zwei weitere hinzu. 1980 gingen zwei moderne Elektroöfen in Betrieb, die heute noch Stahl liefern. Der VEB Stahl- und Walzwerk Brandenburg wurde zum größten Rohstahlproduzenten der DDR. Hier waren 1989 rund 10000 Menschen beschäftigt.

Kernstück dieses Museums ist Europas letzter unter Denkmalschutz stehender Siemens-Martin-Ofen. Während des Rundgangs erhielten wir einen recht anschaulichen Eindruck vom Enthusiasmus des Neubeginns 1950 und auch von der Schwere der Arbeit im Stahlwerk.

Dem Besuch im Museum schloss sich eine Stadtrundfahrt an. Herr Kussior erläuterte uns sehr sachkundig und engagiert das Werden und Wachsen der Stadt Brandenburg als Wiege der Mark vom Mittelalter bis in die Neu-

zeit. Von den mehr als 1000 Jahren Siedlungsgeschichte zeugen mehrere sakrale Bauwerke sowie Reste der Stadtbefestigung. Mit der Gründung der Brennaborwerke durch die Gebr. Reichstein begann 1871 eine neue Etappe der Industrialisierung. Die metallverarbeitende Industrie wurde zur dominierenden Wirtschaftskraft. 1905 hatte sich die Einwohnerzahl innerhalb von 40 Jahren auf über 51000 verdoppelt.

Ab 1933 wird Brandenburg zum Rüstungszentrum ausgebaut. Im Rahmen des Euthanasieprogramms wurden 9600 Menschen in der Stadt ermordet und im Zuchthaus Brandenburg-Görden bis Kriegsende 1700 Häftlinge umgebracht. Die Stadt erlitt durch die Luftangriffe am 31. März 1945 und die einwöchigen Kämpfe Ende April 1945 starke Zerstörungen.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs begann der Wiederaufbau. Es entstanden nach Gründung der DDR die neuen Stadtteile Brandenburg-Nord und Hohenstücken. 1988 hatte sich die Einwohnerzahl auf nahezu 100000 erhöht. Obwohl ab 1990 mit der Sanierung der historischen Stadtkerne im Rahmen des Modellstadt-Programms begonnen wurde und einige Betriebe weitergeführt wurden oder auch neu entstanden sowie eine Fachhochschule Brandenburg gegründet wurde, ist die Einwohnerzahl bis heute auf rund 72000 zurückgegangen.

Im Naturdorf Trechwitz wurden wir mit einem zünftigen Waldhorngruß und Grußworten des Bürgermeisters begrüßt. Nach dem Mittagessen folgte eine kurze Fußwanderung zum Vogelbeobachtungsturm am Netzener See unter sachkundiger Führung des Herrn Müller vom Naturschutzbund Trechwitz.

Herzlichen Dank spendeten alle Teilnehmer dem Busfahrer von der Dr. - Herrmann-Touristik, der bei etlichen Wendemanövern in den engen Straßen von Brandenburg großes Geschick bewies.

Ebenso galt der Dank dem Leiter des Freundeskreises Kultur- und Bildungsreisen der GBM und bewährten Reiseleiter, Gisbert Graff. Die eingangs geäußerte Erwartung auf einen interessanten Tag hatte sich voll und ganz erfüllt.

Eberhard Rehling

226 Mitglieder

überwiesen von Anfang April bis Mitte Mai Spenden an die GBM. Der Vorstand bedankt sich herzlich. Spenden können auf das Konto der GBM 0013192736 bei der Berliner Sparkasse, BLZ 100 500 00, gezahlt werden.

Geschichtsstunde besonderer Art

Der Freundeskreis Kultur- und Bildungsreisen der GBM im OKV, der GBM-Ortsvorstand Berlin-Mitte und das Berliner Alternative Geschichtsforum hatten geladen – und im Club „Spittelkolonnaden“, der Nachbarschafts- und Begegnungsstätte in Berlin-Mitte, blieb kein Platz frei. Die Autorin des Buches „Ich bin Bergmann, wer ist mehr?“, Hannelore Graff-Hennecke, die Tochter von Adolf Hennecke, stellte gemeinsam mit Enkel Lucas und Mitautorin Dr. Helma Nehrlich die wahre Lebensgeschichte ihres Vaters vor.

Das historische Geschehen vom 13. Oktober 1948 im Steinkohlenbergbau in Oelsnitz, die Geburtsstunde der Aktivistenbewegung in der späteren DDR, wurde in dieser Buchlesung mit hoher Authentizität dargestellt. Es war zugleich ein wertvoller Beitrag, die wahrhafte DDR-Geschichte nicht der Vergessenheit anheimfallen zu lassen und damit der heute gängigen Geschichtsklitterung der Herrschenden entgegenzuwirken.

Die Pioniertat von Adolf Hennecke mit einer 387prozentigen Normerfüllung hat für immer in die Geschichte der DDR Eingang gefunden. Nun erfuhren wir aus berufenem Munde, wer der Bergmann Adolf Hennecke wirklich war und welche Ausstrahlung von ihm – trotz aller Schwierigkeiten in der Anfangsphase – tatsächlich ausging.

Wir hörten, wie er wirklich war: als Mensch, als Familienvater, in seinem Beruf, aber auch als Politiker in der Volkskammer und als Bewohner seiner Heimatstädte Lugau und Berlin. Seine Persönlichkeit wurde geprägt durch gutes Wissen, hohe Urteilsfähigkeit, durch starken Familiensinn und Liebe zu den Kindern.

Einer seiner Grundsätze war „Verstand geht vor Körperkraft“, verbunden mit dem Willen zur Planerfüllung und -übererfüllung, zu guter Arbeitsorganisation unter Nutzung bergmännischer Erfahrungen und technischer Neuerungen. Neben der hohen Würdigung seiner Lebensleistung gab es aber auch Skeptiker unter den Kollegen. Einige sprachen sogar von „Normenbrecher“ und vom „Verstoß gegen gewerkschaftliche Traditionen“. Was nach dem 13. Oktober 1948 folgte, war nicht leicht für Adolf Hennecke; denn es galt jetzt, seine außergewöhnlichen Leistungen auf den Alltag in Betrieben und Einrichtungen zu übertragen und zum Allgemeinut der Werktätigen zu machen. Auch als Hauptinstrukteur des Zwickau/Oelsnitzer Steinkohlenreviers wurde für den Aktivisten der ersten Stunde die Aufgabe nicht bequemer. Mit der Übernahme einer Tätigkeit als Abteilungsleiter im Ministerium für Schwerindustrie und später in der Staatlichen Plankommission wurden seine Aufgaben nicht geringer. Die Teilnehmer dieser Buchlesung erfuhren viel über seine Verdienste um die ständige Verbesserung der Lebensverhältnisse der DDR. Dieser Nachmittag mit seiner jüngsten Tochter und ihren Mitstreitern war für uns alle eine Lehrstunde in DDR-Geschichtsbetrachtung, bei der sich viele Anknüpfungspunkte zum jeweils eigenen Leben ergaben und uns zugleich reichlich Anregungen zum Nachdenken vermittelt wurden. Dafür bedankten sich die Teilnehmer mit einem Frühlingsblumenstrauß bei Hannelore Graff-Hennecke und Dr. Helma Nehrlich.

G. „Schorsch“ Neubauer

Der GBM-Freundeskreis „Kunst aus der DDR“ plant folgende Exkursionen:

1. Fahrt nach Merseburg und Leuna am Donnerstag, dem 18.8.2011, 09.30 Uhr Abfahrt mit Wörlitz-Tourist ab Berlin-Ostbahnhof, Ausgang Kopenstraße.

Besuch der Sitte-Ausstellung „Lidice und die Freiheit der Malerei – Historienbilder von 1942 bis 1967“ anlässlich des 90. Geburtstag des Künstlers.

Nach dem Mittagessen in Merseburg Teilnahme an der Vernissage der Womacka-Ausstellung im Kulturhaus Leuna.

Wir werden gegen 20.30 Uhr wieder in Berlin sein.

2. Fahrt nach Frankfurt/Oder und Waldsiedersdorf am Donnerstag, dem 15.9.2011, 09.00 Uhr Abfahrt mit Wörlitz-Tourist ab Berlin-Ostbahnhof, Ausgang Kopenstraße.

Besuch der Ausstellung im Museum Junge Kunst Frankfurt/Oder „Blicke und Gesten“. Die Ausstellung zeigt über 100 Porträts (Malerei, Grafik, Plastik) von 44 Künstlern aus der Sammlung des Museums mit dem Schwerpunkt DDR-Kunst.

Nach dem Mittagessen in der Gaststätte „Glück auf“ in Treplin besuchen wir am Nachmittag in Waldsiedersdorf das John-Heartfield-Haus und anschließend das Kultur-, Ausstellungs- und Tourismuszentrum „WaldKAuTZ“, wo 23 Fotomontagen von J. Heartfield aus den Jahren 1928-1942 zu besichtigen sind.

Wir werden gegen 19.00 Uhr wieder in Berlin sein.

Der Teilnehmerpreis beträgt pro Exkursion 25 €. Die Teilnehmerpreise beinhalten jeweils die Busfahrten und Eintrittsgelder.

Kopf-Bildnisse und anderes

Eröffnung der Hans-Vent-Ausstellung in der GBM-Galerie

Am 8. April 2011 eröffnete der Sprecher des GBM-Arbeitskreises „Kultur“, Dr. Peter Michel, in der GBM-Galerie eine Ausstellung mit Malerei, Grafik und plastischen Arbeiten von Hans Vent. Die Laudatio auf den Künstler hielt Prof. Dr. Peter H. Feist; er führte aus:

Hans Vent zeigt hier eine kleine Auswahl aus seinem umfangreichen malerischen Werk, Arbeiten seit den achtziger Jahren, die meisten aus jüngster Zeit. Er hat sich nicht geändert. Hinzugefügt sind einige seiner kleinplastischen keramischen Arbeiten, auf die ich aber nicht näher eingehe. Zu sehen ist was eigentlich sehr Traditionelles: Darstellungen von Menschen, und zwar konzentriert auf ihre Köpfe, sowie nicht irgendwelche Installationen, sondern Malerei mit ihrem wichtigsten Mittel, den Farben. Aber dann werden die Betrachter vielleicht zutiefst verstört, weil dieses Traditionelle so umgepflügt und weggeetzt erscheint so widerspenstig und unzugänglich wirkt. Das ist einer der inneren Widersprüche, auf die wir uns hier einlassen müssen. Wer dialektisch denkt, weiß freilich, dass innere Widersprüche die Triebkräfte jeder Entwicklung sind.

Der Weimarer Vent fand als Sohn eines Malers schon früh Zugang zur Kunst, verlor den Vater aber schon mit vierzehn. Erst nach einer Ausbildung im Malerhandwerk konnte er ab 1953 in Berlin-Weißensee bei guten Lehrern Malerei studieren und gewann in Westberliner Ausstellungen erste Eindrücke von der internationalen modernen Kunst, die in der Nazizeit verdrängt gewesen war und im Osten jetzt wieder angefeindet wurde. Er blieb in Berlin ansässig, schuf gemeinsam z.B. mit Ronald Paris einige Wandbilder. 1961 war er mit einer »Hiddensee-Landschaft« einer der Maler, die in der von Fritz Cremer initiierten Ausstellung »Junge Kunst« eine legendär gewordene Verdammung durch die damalige Kunstpolitik der SED erfuhren. Er beugte sich den Forderungen nach

einer sozialistisch genannten Thematik nicht, sondern ging seinen eigenen Weg mit Landschafts- und Architekturdarstellungen, Figuren am Ostseestrand und ersten Beispielen von Kopfdarstellungen.

Ganz einzigartig war sein Gestalten mit heftigen, starkfarbigen, dicht gebündelten Pinselstrichen. Wie einige gleichaltrige Maler in Berlin prüfte er, was bei den Impressionisten, bei Cézanne und bei Expressionisten zu lernen war. Er ging immer vom Augenlebnis aus, schuf seine Bilder aber nachher im Atelier, wenn er das Gesehene lange überdacht hatte. Er hielt fest, wie Licht und Atmosphäre die Figuren umspielen und als Bildfiguren erst entstehen lassen. Er wollte dabei sichtbar machen, dass Lebendiges immer in Bewegung, in Veränderung ist. Die Kunstpolitik der DDR fand sich mit diesem Einzelgänger ab. Fritz Cremer trug dazu bei, dass Hans Vent 1974/75 eines der Gemälde für das Foyer des Palastes der Republik schaffen konnte. »Menschen am Strand« wurde eines der künstlerisch überzeugendsten Werke in der Geschichte der DDR-Malerei. Vent unterrichtete einige Jahre in Weißensee, durfte einige Male in den Westen reisen, einige Male nicht. Die Kunstakademie gab ihm 1982 den Kollwitzpreis. Im Wendejahr 1990 wurde er ihr Mitglied und ist es auch in der jetzigen Berliner Akademie.

Vent wählte für diese Ausstellung fast ausschließlich Studien auf Papier, die er meistens mit Tempera, neuerdings mit Acrylfarben malt. Die Kopfbildnisse, wie er sie nennt, ähneln seinen größerformatigen Gemälden in Ölfarben auf Leinwand, geben vollgültigen Aufschluss über sein Kunstkonzept. Drei Eigentümlichkeiten, zwischen denen auch Verbindungen bestehen, erscheinen mir besonders bemerkenswert.

Erstens: Vent hat bewiesen, dass er ein vorzüglicher Porträtist ist; aber er weiß um die Gefahr der Idealisierung und vermeidet die Wiedergabe einer identifizierbaren Person. Er studiert uner-



Hans Vent: Die Runde. 2002, Öl auf Leinwand, 80x120 cm

sättlich die unerschöpfliche Vielfalt der Antlitze und damit Charaktere seiner Mitmenschen, aber jeder bleibt ein anonymer Typus. Dabei fällt auf, dass die meisten Gesichter, die er uns sehen lässt, bedrückt oder auch dumpf, ja drohend anmuten und dass Vent bis zur karikierenden Kritik gehen kann. Das deutet auf Erfahrungen in der Gesellschaft, in der er lebt.

Zweitens ist diese Aufmerksamkeit für Menschen gekoppelt mit einem ständigen Wechsel der Blickwinkel und Ausschnitte. Das geht von der Vorderansicht bis zum verschwindenden Profil, vom formatfüllenden Gesicht bis zum Schulterstück. Gelegentlich kommen auch Paare vor. Ebenso ständig wechseln die physiologische Genauigkeit, der Farbencharakter und Farbauftrag, der Einsatz größerer Flächen oder heftiger Linien. Helle Köpfe vor dunklem Grund oder umgekehrt. Immer wirken die Bilder wie rasch eingefangene Ansichten von etwas hastig Vorübergehendem.

Drittens: So wie die Dargestellten

nicht vollkommen, keine idealen Leitbilder sind, bleibt auch das Bild jedes Mal gleichsam unvollendet. Skizzenhaft andeutend, anscheinend flüchtig hingeschleudert, beanspruchen sie nicht, eine abschließende und richtige Meinung über eine Person zu liefern. Denn die Person kann sich ändern, und der Künstler will kein Allwissender oder Besserwisser sein, wie es manche Kunsttheorie behauptete. Die Realität ist in ständiger Veränderung, und der Maler Vent ist auch mit 77 Jahren immer noch neugierig unterwegs, ihr auf der Spur.

Hans Vent, der Nachdenkliche, Kritische, Freundliche, strebt eigentlich nach Harmonie. Die ist immer voller Spannungen. In der Wirklichkeit bleibt sie eine seltene Ausnahme oder bloßes Sehnsuchtsziel. In seinen Bildern kann er Einklang herstellen, auch wenn dieser aus Erschreckendem besteht. Damit setzt er unser Nachdenken in Gang, macht uns also klüger.

Danke, Hans Vent!

„Gutes mit Schöнем tun“

ist das Motto der diesjährigen Sommergalerie, die am **10. Juni 2011 um 17.00 Uhr** in der GBM-Geschäftsstelle, Weitlingstraße 89, 10317 Berlin, eröffnet wird. Dazu wird herzlich eingeladen.

Als Kunstprojekt „Solidarität Sansibar–Japan–Deutschland“ zeigt die Ausstellung fotografische Arbeiten von Sabine Meise (Deutschland), Jonas Hult (Schweden) und El Branden Brasil (Großbritannien).

Sie entstanden in Japan, sind gerahmt, 30 x 40 Zentimeter groß, haben ein Passepartout aus Seide und können für 75 Euro erworben werden. Der Erlös dient dem Aufbau der Dorf- und Schulbibliothek in Chukwani auf Sansibar (Tansania).

Die Ansprache bei der Eröffnung hält unser Mitglied Gisela Meise. Ihre Tochter Sabine hält bei der Finissage am **22. Juli um 17 Uhr** einen Vortrag „10 Jahre Leben in Japan – Exotik und Alltag“.

Die Ausstellung ist eine Gemeinschaftsaktion der GBM-Arbeitskreise „Solidarität“ und „Kultur“. Kurator ist Ernst Jäger. Geöffnet ist montags bis freitags von 10 bis 16 Uhr.

Einladung

des Freundeskreises Kultur- und Bildungsreisen zum traditionellen Herbsttreffen in Dresden, der Perle an der Elbe – am 20. November 2011

Im Kulturpalast der Stadt Dresden erleben wir ein Chorkonzert des Sächsischen Bergsteigerchors „Kurt Schloser“ mit seinen 140 kräftigen Männerstimmen, eines der populärsten Männerchöre Deutschlands. Das Repertoire umfasst klassische und traditionelle Bergsteiger-, Wander- und Volkslieder.

Wir besuchen das traditionsreiche Ball- und Brauhaus Watzke, hier wurde das erste Dresdner Stadtbier gebraut. Historische Bilddokumente, die von der Entwicklung des Ball- und Brauhauses zeugen, werden dort zu sehen sein. Im historischen Ballsaal nehmen wir gemeinsam das Mittagessen ein und stellen das Programm des Arbeitskreises für 2012 vor. Die Reise erfolgt mit dem Bus.

Abfahrt: am 20. November 2011, 7.00 Uhr, Ostbahnhof/Ecke Andreasstraße.

Teilnehmerpreis für Busfahrt, Mittagessen und Eintritt Chorkonzert: 42,00 Euro.

Anmeldeschluss ist der 30. Juni 2011.

Anmeldung:

Reiseziel:

Anschrift:

Telefon: Personenanzahl:

Unterschrift:.....

Senden an: Zentraler Arbeitskreis Kultur- und Bildungsreisen der GBM, Weitlingstraße 89, 10317 Berlin, Tel.: 030/557 83 97 • Weitere Informationen: Gisbert Graff, Leiter des Zentralen AK Kultur- und Bildungsreisen der GBM, Winklerstraße 9, 12623 Berlin, Tel.: 030/56 58 77 15

„Kanzlerin macht sich unglaublich“

Am 5. Mai berichtete die „Märkische Oder-Zeitung“ (MOZ) – wie andere Blätter auch – über die Versuche der Bundesregierung, Angela Merkels Äußerung über den gewaltsamen Tod von Osama bin Laden zu relativieren. Dazu schrieb unser Vorstandsmitglied *Ernst Jäger* (Zepernick) am gleichen Tag an die MOZ:

Gesagt ist gesagt: „Ich freue mich darüber, dass es gelungen ist, bin Laden zu töten.“ Hier hilft keine Relativierung. Merkel, die christliche Werte einfordert in einer Zeit, wo Korruption, Wirtschaftsverbrechen, brutalste Gewalt und Kriege das gesellschaftliche Leben beeinträchtigen, macht sich unglaublich. Zehn Jahre „Rachefeldzug“, ein Krieg mit deutscher Beteiligung, der ein Vielfaches an Leid und Menschenopfern forderte, dürfen nicht gerechtfertigt werden, zumal ein Ende dieser Entwicklung mit der Ausschaltung eines Terroristenführers nicht zu erwarten ist.

Kriege sind nicht „alternativlos“

Die GBM feiert am 31. Mai ihr 20jähriges Bestehen. Ihre Aktivitäten konzentrierten sich hauptsächlich auf die Durchsetzung der Menschenrechte unter dem Motto „Die Würde des Menschen ist unantastbar“. Unter anderem zählen dazu der Kampf zur Beseitigung des Rentenstrafrechts, die Altersarmut zu stoppen, gegen Faschismus und der Kampf um Frieden in allen Ländern auf unserem kleinen Erdball.

Wir appellieren an alle Parteien und Politiker, nicht nur einmal bei der Wahl den Menschen zuzuhören, sondern den Willen der Mehrheit der Menschen zu vertreten und das nicht als Populismus oder sogar als Kommunismus – der überhaupt nicht zur Debatte steht – abzukanzeln. Eindeutig sagen Umfragen aus, dass die Mehrheit der Menschen dafür ist, die kriegerischen Auseinandersetzungen zu beenden und eine friedliche Welt zu schaffen. Die Menschen sind in der Mehrheit durchaus in der Lage, die Ursache für die Kriege zu erkennen, und sitzen kopfschüttelnd

vor dem Fernseher, wenn Politiker in Streitgesprächen und ähnlichem krampfhaft versuchen, die Notwendigkeit Kriege zu begründen, sie sogar als Aufbauhilfen zu erläutern, obwohl vorher und zum Teil gleichzeitig Bomben und Granaten eingesetzt werden, die alles zertrümmern, und dann noch den vermeidbaren zivilen Opfern Bedauern ausgesprochen wird. Kriege sind nicht alternativlos!

Werner Treder, Neubrandenburg

Zum Nachdenken empfohlen

Mir liegt die Erhaltung unserer schönen Geschäftsstelle sehr am Herzen. Deshalb spende ich von nun an monatlich 20 Euro. Ich denke mir, wenn nur jedes 20. Mitglied unserer Gesellschaft das auch tut, ist die Monatsmiete auf Dauer gesichert.

*Mit solidarischen Grüßen
Hennig Wesarg, OV Harz*

Wörter

Buchstaben allein sind nichts.
Sinnvoll gereiht werden sie zum Wort;
zu mehreren verbunden, werden sie sinnvoll.
In der Literatur öffnen sie Fenster in die Vergangenheit, bewahren Gegenwärtiges, schlagen Brücken in ferne Welten.

*

Wortspielerei

An die Börse gehen.
In die Börse greifen.
Was machst du, was machen andere mit/in deiner Börse?

*Helga Bornstädt,
Potsdam*

Eine Afghanistan-Ballade

Nach Afghanistan schickte man erneut deutsche Soldaten. Sie brauchten bei der Ankunft nicht lange zu warten, da kam gebückt ein alter Afghane, am knorrigen Stock hielt er seine afghanische Fahne und sagte im holprigen Deutsch, was jeder verstand: „Was wollt ihr German-Boys in unserem Land?“ Die Soldaten waren baff und schauten sich an, an dieser Frage war ja was dran. Der Alte traf sie mit lauerndem Blick, was heißen sollte, fliegt doch zurück!

Jetzt waren die Soldaten doch ziemlich verwirrt, der Gedanke kam auf: haben wir uns geirrt? Und diese Überlegung ließ sie nicht los.

Das Risiko war wirklich sehr groß, sollten sie bleiben, ihr Leben verlieren oder die Flinte ins Korn werfen und desertieren? Der eine hatte die Lösung parat; „Wir schreiben einen Brief an den Staatsapparat, an Frau Merkel und Herrn zu Guttenberg, denn schließlich ist es ja beider Werk, dass wir hier in Afghanistan kauern, um auf so genannte Taliban zu lauern. Sie sollen doch beide ohne Umschweife verkünden, warum wir uns im Land der Afghanen befinden.“

Gesagt, getan, der Brief ward geschrieben und er kam an, Absender: drei Soldaten, ein Ort in Afghanistan.

Doch auf die Antwort warten die jungen Soldaten noch heute, wahrscheinlich war der Brief des Papierkorbs Beute oder der Akten-Ex hat ihn zerrissen, in der Politik braucht man nicht alles zu wissen. Es kann auch sein, ein schwarzes Loch hat ihn verschlungen, ein Pech für die kühnen Briefschreiberjungen. Die mutigen Drei sind jetzt übel dran, sie bleiben weiter in Afghanistan, können hin und wieder in die Bibel schauen und in Gebeten nur noch auf den Herrgott vertrauen.

Rudolf Dix

Wir gratulieren!

Wir beglückwünschen alle Geburtstagskinder des Monats Juni. Besonders herzlich grüßen wir

zum 95. Geburtstag
Erika Fuhrmann, Berlin

zum 92. Geburtstag
Waldemar Brückner, Dresden
Adolf Gensel, Potsdam

zum 91. Geburtstag
Ilse Blum, Oranienburg
Fritz Rösner, Weißwasser

zum 90. Geburtstag
Harry Börner, Chemnitz
Hans-Werner Liers,
Bergholz-Rehbrücke
Alois Lücke, Schwerin
Magda Radicke, Potsdam
Martha Rudolph, Berlin
Edith Schachtschabel, Jena
Christine Stegmann, Aue
Dr. Herbert Zschunke, Chemnitz

zum 89. Geburtstag
Kurt Diedrich, Bernau
Rudolf Fleck, Wurzen
Heinz Jander, Berlin
Kurt Neugebauer, Halle
Werner Schulze, Meißen
Werner Treder, Neubrandenburg

zum 88. Geburtstag
Karl Heinz Engelmann, Berlin
Wiltrut Kiefer, Berlin
Friedrich Mellmann, Rudolstadt
Werner Stieler, Hermsdorf

zum 87. Geburtstag
Siegfried Bellmann, Dresden
Dr. Heinz Huth, Berlin
Gottfried Opitz, Bernau
Else Rothe, Hoppegarten
Horst Scholtz, Berlin
Dr. Wolfram Stübner, Dresden
Dr. Herbert Weiz, Berlin

zum 86. Geburtstag
Elisabeth Bayreuther, Berlin
Werner Bockfeld,
Rechenberg-Bienenmühle
Heinrich Franke, Berlin
Karl-Heinz Gromoll, Berlin
Gerhard Hoehnel, Berlin
Johanna Hübner, Schwerin
Ruth Jury, Frankfurt/O.
Fritz Kretzschmar, Berlin
Waldemar Lenzer, Gera
Günther Menke, Berlin
Ursula Rudolph, Magdeburg
Heinz Werner, Berlin

zum 85. Geburtstag
Dr. Anneliese Bauerhorst, Berlin
Ruth Beidokat, Neuenhagen
Hildegard Berndt, Neubrandenburg
Georg Dorn, Berlin
Horst Hahn, Berlin
Dr. Ruth Herlinghaus, Berlin
Charlotte Jatzke, Berlin

Dr. Heinz Jura, Berlin
Helmut Kreher, Berlin
Werner Krumpfert, Freiberg
Hermut Müller, Wittenförden
Hanna Pankratz, Berlin
Eberhard Schütz, Berlin
Wilhelm Seitz, Berlin
Dr. Horst Taubert, Berlin

zum 80. Geburtstag
Therese Heyer, Berlin
Prof. Dr. Ruth Klein, Berlin
Hedwig Kremp, Karow
Wilfried Mittasch, Berlin
Gerda Paff, Berlin
Friedrich Pilke, Reinsdorf
Roger Reinsch, Berlin

zum 75. Geburtstag
Renate Gerischer, Berlin
Erika Küster, Berlin
Heinz Vogel, Berlin
Dr. Lutz-Peter Wagenführ, Berlin

Herausgeber:
Bundesvorstand der
Gesellschaft zum Schutz
von Bürgerrecht und
Menschenwürde e.V.,
Weitlingstraße 89,
10317 Berlin

Tel.: 030/5 57 83 97
 Fax: 030/5 55 63 55
 e-mail: gbmev@t-online.de
 website: www.gbmev.de

Bankverbindung:
 Berliner Sparkasse,
 BLZ 100 500 00,
 Kto. Nr. 0013 192 736

Geschäftszeiten:
 Mo.–Do. 9.00–16.00 Uhr
 Fr. 9.00–12.00 Uhr

Rentensprechstunden:
 Jeden 1. und 3. Mittwoch von
 13.00–15.00 Uhr nach vorheriger
 telefonischer Anmeldung

V. i. S. d. P.:
 Prof. Dr. Gerhard Fischer
 Layout: Helmut W. Busch

Erscheint monatlich im
 GNN-Verlag, Badeweg 1,
 04435 Schkeuditz

Für den Inhalt namentlich ge-
 zeichneter Beiträge sind die
 Autoren verantwortlich.

Herausgeber und Redaktion
 haften nicht für unange-
 forderte eingesandte Manu-
 skripte. Sie behalten sich
 das Recht vor, über den Ab-
 druck eingesandter Beiträge
 zu entscheiden und zum Ab-
 druck kommende Beiträge zu
 kürzen.

Die „akzente“ dienen dem
 Gedankenaustausch der Mit-
 glieder und Ortsverbände.
 Artikel können bei Behörden
 nicht als rechtsverbindliche
 Auskunft benutzt werden.

Redaktionschluss: 16. 5. 2011
 Redaktionschluss der nächs-
 ten Ausgabe: 17. 6. 2011

Wir trauern um unsere verstorbenen Mitglieder

Brettschneider, Michael	Frankfurt
Burghardt-Walter, Ruth	Berlin
Drescher, Kurt	Sangerhausen
Stankewitz, Kurt	Berlin
Stollberg, Hans	Halle (S.)
Trebstein, Heinz	Berlin

Wir werden ihr Andenken in Ehren halten.

Aus den Ortsverbänden

Dresden

Auf Einladung des DGB Be-
 zirk Sachsen und des OV
 Dresden der GBM fand am
 14. April eine Autorenlesung
 mit der Schriftstellerin Da-
 niela Dahn zu ihrem Buch
 „Wehe dem Sieger“ statt. 200
 Dresdnerinnen und Dresdner,
 auch aus den befreundeten
 Organisationen ISOR, ROT-
 FUCHS, GRH und GMS,
 nahmen daran teil und
 folgten mit großem Interesse
 den Lesungen und Erzäh-
 lungen von Frau Dahn. Für
 ihre sehr aufschlussreichen und
 informativen Ausführungen
 sowie für ihre Antworten in der
 Aussprache erhielt sie herz-
 lichen Beifall und ein großes
 Dankeschön von den Zuhörern
 und den Veranstaltern.

Rostock

Der Sprecherrat des Ortsver-
 bandes ladet die Mitglieder
 und Sympathisanten zu einer
 gemeinsamen Veranstaltung

mit den territorialen Organi-
 sationen von ROT-Fuchs, der
 GRH sowie weiteren sozia-
 len Verbänden am Sonnabend,
 dem 25. Juni 2011 um 10.30
 Uhr ein. Thema der Veran-
 staltung: „50 Jahre 13. August
 1961“. Dazu wird Egon Krenz
 sprechen. Ort der Versamm-
 lung: Gaststätte „Nordlicht“ in
 Rostock-Lichtenhagen, Ratze-
 burger Str. 8

Berlin-Lichtenberg

Jahresversammlung 2011 am
 Dienstag, dem 28. Juni 2011,
 um 15.00 Uhr in der Bege-
 gungsstätte der Volkssolidari-
 tät, Einbecker Str. 85. Einge-
 laden haben wir den Schau-
 spieler Otto Mellies, der uns
 sein Buch „An einem schö-
 nen Sommermorgen...“ vor-
 stellen wird. Es wird ein
 Buchverkauf ermöglicht. Kaf-
 fee, Kuchen und Getränke
 werden angeboten. Ein behin-
 dertengerechter Zugang ist ge-
 sichert.

Lesungen in der Galerie

In der GBM-Galerie in Berlin-Lichtenberg, Weitling-
 straße 89, liest am Mittwoch, dem 8. Juni 2011, ab 18.30 Uhr
 die Malerin und Grafikerin Heidrun Hegewald, Trägerin des
 GBM-Menschenrechtspreises, aus ihrem neuen Buch „Ich bin,
 was mir geschieht“. An gleichem Ort stellt am Mittwoch, dem
 15. Juni 2011, um 18.30 Uhr unser Vorstandsmitglied Dr.
 Peter Michel seine soeben erschienene Textsammlung „An-
 kunft in der Freiheit – Essays gegen den Werteverlust der Zeit“
 (edition ost /Verlag am Park) vor. Zu beiden Veranstaltungen
 lädt der GBM-Arbeitskreis „Kultur“ herzlich ein.

Lebhaftes Erinnern

Wenn sich in Görlitz zu
 einer Buchvorstellung zirka
 60 Zuhörer einfanden, so
 sind das schon eine gan-
 ze Menge. Und wenn in
 dem Buch von einer Revolu-
 tion in Portugal gesprochen
 wird, die bald 40 Jahre zu-
 rückliegt, die aber keinen be-
 sonderen Jahrestag feiert, so
 muss schon auf eine fortwäh-
 rende Sympathie für diese
 Nelkenrevolution geschlos-
 sen werden – um die ging
 es nämlich in der Veran-
 staltung von GBM und RotFü-
 chen unserer Region im April.
 Und wenn viele neugierig
 waren, den Journalisten,
 Buchautor und verantwort-
 lichen Redakteur des Rot-
 Fuchs, Dr. Klaus Steiniger,
 kennen zu lernen, so waren
 sie gewiss angetan von mehr
 als zwei Stunden anregender
 Geschichten aus seinem Le-
 ben, vor allem aber von der
 Schilderung seiner abenteu-
 erlichen Zeit als Reporter aus
 Portugal, über die er berich-
 tete.

Vor allem aber war es eine
 Geschichtslektion: 245 in-
 ländische Konzerne und
 Banken wurden nationali-
 siert, auf über 1,3 Millionen
 Hektar ehemaligen Gutsbe-
 sitzerlandes entstanden Kol-
 lektivgüter und Kooperati-
 ven. Steiniger sprach da-
 von, dass diese Revolution

fast an die Grenzen einer so-
 zialistischen Revolution ge-
 führt habe.

Aber bald setzten die Ver-
 suche der Restauration ein,
 die übergingen in immer
 brutaleres und offensiveres
 Zurückdrängen der Errun-
 genschaften der Nelkenre-
 volution. Am Ende waren
 die – auch wesentlich von
 westdeutscher Sozialdemo-
 kratie unterstützten – res-
 taurativen Kräfte stärker.
 Und doch keine pessimisti-
 sche Lektion. Im letz-
 ten Brief des Revolutions-
 generals Vasco Goncalves
 an Klaus Steiniger schätzt
 dieser ein: „Wir brauchen
 Verständnis für die lange
 Dauer des Geschichtsver-
 laufs. Da gibt es Vormarsch
 und Rückzug. Wir sind nicht
 dazu imstande, die Zukunft
 kurzfristig vorauszu sehen.
 Heute erleben wir die Alter-
 native: Barbarei oder Sozia-
 lismus.“

Unsere Praxis, mit möglichst
 vielen gleichgesinnten Ver-
 bänden und Organisationen
 zusammenzuarbeiten, hat
 sich wieder bewährt. Vielen
 unserer Gäste, und die waren
 zahlreicher als die Mitglie-
 der, ist ein Verband merk-
 würdig geworden, der 2011
 seinen 20. Jahrestag begeht:
 die GBM!

Bernd Gutte

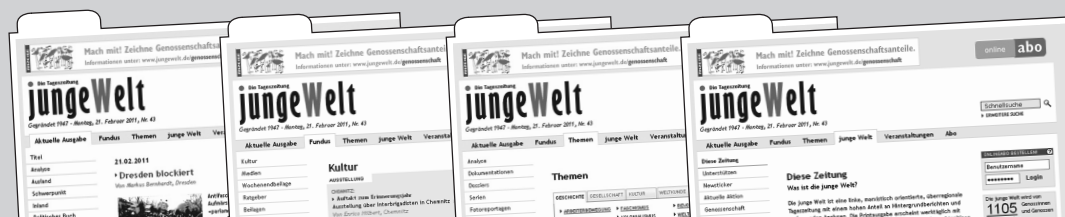
ANZEIGE

Die Tageszeitung junge Welt überall online lesen!

Die *junge Welt* präsentiert sich im Internet noch attraktiver und übersichtlicher. Neben einer klaren Struktur der Seite tragen neue Recherchemittel zur erhöhten Benutzerfreundlichkeit bei:

- »Themen« mit Analysen und Dokumentationen, Reportagen und Online-Dossiers nach Kategorien geordnet
- Personenregister mit Interviews und Gesprächen
- »Fundus«: Rezensionen, Kulturtipps, Ratgeber, Beilagen, Regio-Suche.

Weiterhin besteht das Angebot zum Download der aktuellen Printausgabe als PDF und von ePub-Dateien als ideales Textformat für eReader auf mobilen Lesegeräten wie Smartphones (iPhone, Android-Handys).



BESTELLEN SIE UNTER
www.jungewelt.de/abo/onlineabo.php

und nutzen Sie die Vorteile eines Online-abos (Normalpreis 12,00 €, für Printabon-
 nenten ab 5,00 €).

Bei einer Bestellung vom 15. Mai bis 12. Juni
 2011 erhalten Sie folgende Prämie:



Pascal Beucker und Anja Krüger:
**Die verlogene Politik: Macht um
 jeden Preis**

In diesem Buch sind sie alle versammelt: die Lügen
 und Legenden der Politik. Die renommierten
 Journalisten Pascal Beucker und Anja Krüger
 decken schonungslos auf, wie und warum wir
 belogen werden. (Knaur TB, 304 Seiten)